

Freiwillige Einführung von LKW-Abbiegeassistenten ist ein Tropfen auf den heißen Stein

Zu den angekündigten Maßnahmen des Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer für eine freiwillige Einführung von LKW-Abbiegeassistenten erklärt Stefan Gelbhaar, Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Maßnahmen des Verkehrsministers zur freiwilligen Einführung von LKW-Abbiegeassistenten sind erwartungsgemäß ein Tropfen auf den heißen Stein. Das im vergangenen Jahr für die Förderung von Abbiegeassistenten geschlossene De-Minimis-Programm muss für eine solche Förderung geöffnet werden. Das Programm verfügt mit einem Mittelansatz von 201 Mio. Euro für das Jahr 2020 über mehr als 20 Mal so viel Geld wie der Topf zur Nachrüstung mit Abbiegeassistenten, der nach wenigen Tagen ausgeschöpft war.

Besonders LKW, die in Innenstädten unterwegs sind, müssen nachgerüstet werden. Die Bundesregierung weigert sich aber, die Rechtsgrundlage für verpflichtende Abbiegeassistenten in der Straßenverkehrsordnung zu schaffen. Einige Unternehmen fordern ebenfalls eine verpflichtende Regelung für alle. Anstatt diese einfache und direkt umsetzbare Regelung einzuführen, verweist die Bundesregierung darauf, Kommunen könnten Kreuzungen umbauen. Bei hunderttausenden Kreuzungen in den Städten der Republik würde das die Kommunen Milliarden kosten und Jahrzehnte dauern.

Fast zynisch ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung eine Zufahrtssperre für unsichere LKW in Innenstädte hingegen als „in der Regel unverhältnismäßig“ einstuft.

Im Gegensatz zu früheren Äußerungen will die Bundesregierung diese Möglichkeit jedoch nicht mehr völlig ausschließen. Der Verkehrsminister muss sich jetzt erklären: Ab wann ist die Verbannung unsicherer LKW-s aus den Innenstädten nicht mehr "in der Regel unverhältnismäßig"? Wie viele schwere und schwerste Unfälle sind aus Sicht der Bundesregierung hinnehmbar?“